

Arbeiter-Zeitung

Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 21
Dienstag, 26. Januar 1932

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis:
Wochenl. 52 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf.
Einenlohn = 2,90 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Einzelgenbreit: Die
entsprechende Millimeterzelle ober deren Raum 12 Pf., Beschnid- u. Zer-
stückungsanfertigen 6 Pf. Bestellungspreis: Die dreizehnte Millimeterzelle
ober deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestrich in der
Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 39. Postfach: Breslau
Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Barber-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechst. der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. Filialexpeditio: Gdlich, Sankt
Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8—10 Uhr. — Geschäftsst.: Haupt-
verlagsort Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G.
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Vor Massenentlassungen im Bergbau

infolge Grubenbrand auf dem Fürstlichen Tiefbau

Kameraden, kämpft für Arbeit und Brot!

Waldenburg, 25. Januar. Durch die ungeheure Raubbau-
maßnahme, welche zur Steigerung des Profits durchgeführt wurde,
samt es, daß eine Reihe Gruben fielen, die Brandherde nach-
sich ziehen mußten. Trotz Versuchs, die Brandherde abzukämpfen,
hat der sich im ersten, zweiten und dritten Flöz befindliche Brand
größere Formen angenommen, so daß die Grubenverwaltung die
Maßnahme treffen will, Massenentlassungen durchzuführen.

Die in diesem Revier beschäftigten Kameraden, die sich aus drei
Abteilungen zusammensetzen, und zwar die 10., 13. und 19. Ab-
teilung, die mehr als insgesamt 500 Kameraden stark sind, sollen zur
Entlassung kommen. Man trägt sich mit dem Vorhaben, dieses
besonders vollkommen stillzulegen. Schon Anfang Januar hat man
11 Kameraden entlassen.

Die Kameraden müssen sofort in Betriebsversammlungen zu der
erwarteten Maßnahme — Entlassung von 500 Kameraden — Stellung
nehmen und dementsprechende Beschlüsse zur Behinderung der
Massenentlassungen fassen. Auch wenn das Revier wegen Gefahr
abgegeben wird, braucht kein Kamerad entlassen werden, wenn man
die Vorrichtungsarbeiten wieder durchführen läßt. Eimerzeit sollte
man sie um des Profitswillen eingestellt.

Die Kameraden haben sofort ein betriebliches Kampfprogramm
aufzustellen und zu beschließen, hierfür den härtesten Kampf zu führen.
Der Siebentendtag ist bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Die
Entlassung der Antreiber und der Abbau der hohen Gehälter muß mit
in dem Kampfprogramm gestellt werden. Für wirklichen Bergarbeiter-
schutz ist der Kampf zu führen. Der getriebene Vorrat muß zurückgefordert
werden.

Kameraden! Wartet nicht, was die anderen Schichten machen!
Ihr müßt durch Entfesselung des Kampfes den anderen Gruben ein
leuchtendes Beispiel geben. Sorgt dafür, daß der Kampfschub fort-
während seine Tätigkeit zur Mobilisierung des letzten Kammerlins auf der
Anlage verstärkt.

Neuer Lehrlingsstreik

Hejeren sind 26 Lehrlinge der Metallfirma Vof & Söhne, Berlin,
in den Streik getreten. Der Kampf richtete sich gegen eine Herab-
setzung der Kostgeldsätze und gegen eine Reihe betrieblicher Miß-
stände. Der Streik geht unter Führung des Einheitsverbandes der
Metallarbeiter weiter.

Kampfpappell an die Kleingewerbetreibenden

Genosse Sperle, MdR., auf dem Verbandstag des Reichsverbandes der ambulanten Gewerbetreibenden Deutschlands

Breslau, 26. Januar. Der Reichsverband der ambulanten Ge-
werbetreibenden Deutschlands trat gestern in Breslau zu seinem
9. Verbandstag zusammen. Die Tagung steht unter dem Zeichen der
verschärften Krise des Kapitalismus, der unerbittlichen Arbeitslosigkeit,
der Notverordnungen und Massensteuern.

Die ambulanten Gewerbetreibenden, die Massen der kleinen
Markt-, Straßen- und Wandergewerbetreibenden sind mit der Arbeiterklasse be-
sonders eng verbunden. Zehntausende entstammen den Reihen des
Proletariats; der kleine Straßen- und Hausierhandel ist oft genug die
letzte Rettungspflanze, an die sich der Erwerbslose wendet. Aber
gleichzeitig ist auch das Proletariat der Hauptkunde, sozusagen der
Brotgeber des kleinen Markt- und Straßenhändlers, des Hausierers,
wie der Schaubudenbesizers auf den Vergnügungspflätzen. Die Ar-
beiter, die kleinen Angestellten und kleinen Beamten sind es, die hier
vor allem ihre Bedürfnisse decken. Wächst hier die Arbeitslosigkeit,
wird hier das Arbeitsloskommen gesenkt — dann ist der erste, der mit
in den Abgrund gerissen wird, der kleine ambulante Gewerbetreibende.
Wenig mit Recht betonte das Mitglied der Verbandsleitung, Defer-
la, in seinem Bericht: Der erste, der von der Krise getroffen wird, ist der
ambulante Gewerbetreibende.

Der Kapitalismus vernichtet den kleinen Mittelstand, Steuern,
Bürgersteuern, hohe Standgebühren, behördliche Schikanen, die Kon-
kurrenz der großen Warenhäuser und anjähigen Detailgeschäfte
zwingen ihn die Kasse zu. Die große Masse der dem Verbandstag
vorliegenden Anträge zeigt dieses Bild ganz klar. Schon seit vielen
Jahren, das betonen auch die Reichstagsblätter Lehmann und
Löffler, gehen die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien —

voran natürlich die Reichspartei des deutschen Mittelstandes
mit Schmitt, Breslau, an der Spitze, die brave Verbündete
Sitters! —

den Straßenhandel, aber auch den Wochen- und Jahrmärkten und
den Hausierhandel, das Lebenslicht auszublasen.

Dies geschieht angeblich im Interesse des kleinen emulanten Kauf-
manns. Aber was nützt es dem kleinen, leistungsfähigen Händler, wenn
durch Vernichtung seiner ambulanten Konkurrenz das Meer der Er-
werbslosen und Wohlhabensunterstützten nur um so größer gemacht
wird? Rund 215 000 Wandergewerbetreibende und etwa 500 000
Straßenhändler gibt es in Deutschland. Mit Frauen, Kindern und Ge-
helfen sicher eine Gesamtzahl von rund 2 Millionen Menschen! Es
geht aber Politik darin, wenn der kleine anjähige Händler von der

Bezugnahme und ihren Agenten gegen den kleinen Straßen- und Markt-
händler gehetzt wird. Der Kleinkaufmann soll nicht sehen, wer ihm der
Lebensnerve durchschneidet, nämlich der kapitalistische Wucher, der
Steuerlast des kapitalistischen Staates, der industrielle Unternehmer
mit seinen Subsidien, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem
mit seiner Inflation, den kleinen freistehenden Konkurrenz und seinen
noch viel kostspieligeren Maschinen zur Unterdrückung der Hun-
gernden.

Steuern sind die Fresselungsmechanismen des Großkapitals gegen
das Kleingewerbe. Neben Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Luftfahrts-
steuer, Verwaltungs- und Anerkennungsgebühren, Pflanzsteuer, Ver-
trauensgenossenschaftsbeiträgen stehen die Verträge, unter dem Vorwand
der „Verkehrssicherung, der Angene, der Sonntagsruhe, ja sogar der
„Ehrlichkeit“ (Kampf gegen die Kummelplage) oder des „unlauteren
Wettbewerbs“ gegen einzelne Branchen sowie gegen das ganze Wandergewerbe
vorzugehen.

Und die bürgerlichen Gemeindevwaltungen, die hier und da

Zehntausende Proletarier in den Straßen Berlins

während der Einäscherung des von den Nazis ermordeten Genossen Kleinf

Berlin, 26. Januar. (Eig. Textbericht.) Gestern abend wurde
der von den Nationalsozialisten ermordete Genosse Fritz Kleinf ein-
geäschert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Gejenski hatte die
von der kommunistischen Partei geforderte öffentliche Aufbahrung und
das Leichenbegängnis zum Friedhof verboten. Schon vom frühen
Nachmittag an waren alle Straßen vom Friedhof bis zum Zentrum
der Stadt durch starke Polizei zu Fuß und zu Pferde bewacht. Ein
Teil des riesigen Schupoangebotes trug Brotbeutel und Feldflaschen,
woraus zu schließen ist, daß sie als Verhärterung herangezogen wurden.
Zum erstenmal sah man auch in der Ausrüstung der Polizei Gas-
pistolen.

Viele Stunden vor dem Zeitpunkt der Einäscherung strömten un-
geheure Proletariermassen aus allen Bezirken Berlins zur Gerichts-
straße am Wedding. Zehntausende Proletarier wollten ihrem von Na-

los jeder Notverordnung, jeden staatlichen „Spartkommissar“ dienst-
fertig folgen, erhöhen zum Ausmaß ihre Stand- und Platzgebühren,
ihre Marktgebühren und Luftfahrtssteuern auf Kosten der wirtschaft-
lich Schwächsten. Dabei wendet der sozialdemokratische Polizei-
präsident in Berlin genau dieselben Schikanen an, wie irgend ein
Nazi-Mürgermeister oder Nationalsozialist in Thüringen —
nur mit dem Unterschied, das SPD, ihren alten schönen Schwäger
Pajehl, M. d. R., auf die Verbandstagen schickt, um den An-
schein zu erwecken, als ob Severing in Preußen besser sei, als Magges
in Braunschweig.

Die 4. Notverordnung, die ja auch von der SPD gestützt wird,
bedeutet eine neue ungeheure Gefahr für das ambulante Kleingewerbe.
Nicht allein wegen der rigorosen Lohnföhrungen, die notwendig eine
weitere gewaltige Schmäherung der Massenauflage bedeutet, nicht
nur wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer, die alle Händler mit mehr
als 5000 Mark Jahresumsatz schwer trifft, sondern auch wegen der
Ermächtigung für die Regierung, über den Kopf des Reichstags hin-
weg, die Bestimmungen der Gewerbeordnung diktatorisch zu ändern
u. A. die Genehmigung zum Straßenhandel von der „Bedürfnis-
frage“ abhängig zu machen. Der Kampf um die Freisetzung wird
von den Wandergewerbetreibenden heute bereits durchgeführt.

Die SPD hatte als Vertreterin ihrer Reichstagsfraktion den Ge-
nosse Doernle nach Breslau entsandt, der in seinen Begrüßungs-
worten sofort die Delegierten warnte, irgendwelche Hoffnung auf
Parlamente und Ministerworte zu setzen. Nur die Organisierung
eines gewaltigen Massenrucks von unten her kann auch die Klein-
gewerbetreibenden vor dem Abwurf ins Erwerbslosentum schützen.
Dazu ist aber notwendig der feste Anschlag an die kämpfende Ar-
beiterklasse. Alle auf dem Verbandstag aufgerollten Verunsicherungen
sind letzten Endes Nachfragen, politische Fragen.

Noch ist die Führung des Reichsverbandes in vollkommenen eman-
zipierten Händen. Noch glauben die Führer, oder versuchen
wenigstens, ihre Mitglieder glauben zu lassen, man könne durch Ein-
gaben, Denkschriften, Delegationen bei Ministern und Reichs-
ministern etwas Wichtiges herausbekommen. Gewiß, wir Kommunisten
sind die Letzten, die die Notwendigkeit der Anwendung aller Mittel,
auch der Kleinen, leugnen. Aber die Politik der Kleinen Mittel muß
zum selbständigen Kampf, sobald eine Organisation sie zu ihrer
Einsparung macht, hat sich klar und bestimmt in dem großen
Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit an die Seite des
revolutionären Proletariats zu stellen. Noch schlimmer, wenn die
Verbandsführer die sogenannte „politische Neutralität“ des Ver-
bandes dazu benutzen, um die Klassenbewusste proletarische Opposition
zu knebeln. Der Vorschlag der Statutenänderung, der die Befähig-
ung der gewählten Funktionäre durch den Parteivorstand verlangt,
geht in diese Richtung.

Die kommunistische Partei als Vertreterin aller wertvollen
Massen wird nach wie vor mit aller Energie auch für die Interessen
des kleinen Wandergewerbes innerhalb und außerhalb des Parla-
ments eintreten. Die Massen der Wandergewerbetreibenden aber
müssen erkennen, daß ihr Platz an der Seite des revolutionären
Proletariats im Kampf um ein freies, sozialistisches Deutschland ist.

schichten ermordeten Klassengegnern das letzte Geleit geben. Alle Zu-
gangsstraßen zum Friedhof waren schwarz von Menschen. Wiederhol-
tamt es zu Zusammenstößen zwischen den Massen und der Polizei, die
die Straßen mit Gummiknüppeln zu säubern versuchten. Aber der
Sozialdemokrat Gejenski hatte nicht nur die öffentliche Aufbahrung
Fritz Kleinf verboten, die Polizei hinderte auch die Massen an
Betreten des Friedhofes. Selbst Delegationen sozialdemokratischer und
Reichsbannerarbeiter konnten infolge der Polizeiabsperzung keinen
Eintritt finden, weil sie nicht die vorgeschriebenen Eintrittskarten
hatten. In ungeheuren Massen umlagerten die Arbeiter den Friedhof
Als die Dämmerung einbrach, stammten Leuchtfackeln auf, Trompeten-
signale schmetterten, spontan bildeten sich Demonstrationen, welche die
ganze Straßenbreite einnahmen, voran eine rote Fahne; so wurde an
zahlreichen Stellen des Wedding demonstriert. Bis 20 Uhr wogten
dichte Proletariermassen in den Straßen des roten Wedding.

Schafft rote Wahlhelfergruppen zur Reichspräsidentenwahl!

Der erste Reichsbauernkongress

Die Kampftagung der werktätigen Bauern war ein Schritt vorwärts — Das Bündnis mit den Arbeitern gefestigt

Die Tagung des ersten deutschen Reichsbauernkongresses am 23. und 24. Januar in Berlin war ein politisches Ereignis von großer Bedeutung. Zum ersten Male kamen werktätige Bauern aus ganz Deutschland zu einer Reichstagung zusammen. Bauern, gewählt im Dorfe von Bauernkampfkomitees, auf Gebiets- und Bezirkskonferenzen. Waren im Kampfe lebend um die Erhaltung ihrer nackten Existenz, in Abwehr ihres drohenden Ruins, haben die arbeitenden Bauern ihre Vertreter zu einer Reichstagung geschickt. An 150 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands, aus Niederrhein, Nordwest, Westfalen, Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, aus Sachsen, Mittel- und Süddeutschland trafen in Berlin ein. Alle Schwerförmigen und Hindernisse — Geldnot, weite Fahrten, Frohungen, Bankrotte der reaktionären faschistischen Bauernverbände und Parteien — hielten die Bauern nicht ab, zu ihrem Kongress zu eilen. Jawohl, zu ihrem Kongress! Bauern, werktätige, arme Ackerer, Klein- und Mittelbauern kamen selbst zur Tagung, nicht die Doktoren, Syndikaten und Grafen der bauernfeindlichen alten Verbände vom Landbund und der gelamten grünen Front, die sonst „Bauerntagungen“ das Gepräge geben. Alles Geschrei, die große Hege der kapitalistischen Presse gegen den Reichsbauernkongress konnte die Delegierten nicht abhalten, ihren Kongress zu besuchen. Unter den gewählten Delegierten waren 8 Mitglieder des Landbundes, 3 der Pommerschen Bauernschaft, einige von der Landvolkbewegung, 6 vom Mitteldeutschen Bundschuh, 2 vom Bund kleiner Landwirte in Anhalt, 4 der Christlichen-Sozialen Arbeiter- und Bauern-Reichs-Partei, 1 KPD, 2 SPD, 3 vom Verwurf und zahlreiche andere Organisationen oder örtliche Vereinigungen. 50 Delegierte gehörten keiner Organisation an.

Die Bauern, erst noch abwartend, ruhig und in häuerlicher Zurückhaltung, wurden im Verlauf der Tagung immer lebhafter beteiligt. Immer zahlreicher (etwa 35) an der Aussprache, die man der zahlreichen Wortmeldungen wegen noch am zweiten Tag fortsetzen mußte. Zu den Höhepunkten der Tagung gehörten das Auftreten der Kleinbäuerin Elfriede Koop vom Krempenbinder Bauern-Komitee mit Uebergabe der Komitee-Fahne mit der Sense an das Europäische Bauern-Komitee, die mit förmlichem Applaus aufgenommene Begrüßung des Generalsekretärs der KPD, des Reichstagsabgeordneten Ruge, die begeisterten aufgenommenen und schwingungsvollen Ausführungen des italienischen Bauernführers Riccardo und die charak. kämpferischen Ausführungen Bruno v. Salomons, dem schleswig-holsteinischen Bauernführer, über: „Bauern-Kommunes voran!“ Als Salomon auf die schwarze Krempenbinder-Komitee-Fahne hinwies und sagte, die deutschen Bauern-Komitees werden unter dieser Fahne, dem traditionellen Zeichen der Bauernschaft und des Bauernkampfes marschieren, sie werden aber im Kampfe die schwarze Fahne des Hasses zur roten Fahne der Revolution machen, da jubelte der ganze Kongress.

Eine Kundgebung zu Beginn des Kongresses auf Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden Arbeiter- und Bauernführer Vetere, Scheringer, Claus Heim und vieler anderer fand einstimmige Zustimmung. Auch die Wahlen zum Reichskomitee, die Abwählungen für die Kommissionen und Resolutionen fanden einstimmige Zustimmung des Kongresses.

Der größte, nicht doch gering einschneidende politische Wert des Kongresses war unzweifelhaft die Erkenntnis der versammelten werktätigen Bauern, daß nur das enge Bündnis, die Einheitsfront mit der Industrie- und Landarbeiterschaft und die Unterstützung der Führung der Arbeiterschaft in ihren Kämpfen, auch ihren Kampf, den Kampf der werktätigen Bauernschaft zum Erfolg führen kann. Und diese Erkenntnis wurde fast ausnahmslos in allen Reden der Referenten und vor allem der diskutierenden Bauern Ausdruck gefunden. Unzählige praktische Beispiele des Zusammenstehens und Zusammenkampfens, vor allem beim Kampf gegen das Entkommen der Zwangsarbeiter, zeigten die Delegierten auf. Wie tief der Gedanke der Solidarität und der Notwendigkeit des Kampfbündnisses zwischen Arbeitern und werktätigen Bauernschaft bei den anwesenden Bauerndelegierten schon verwurzelt ist, zeigten die heißen Diskussionen bei den Begrüßungsansprachen verschiedener Industrieller und Landarbeiter. Ein weitestgehend wichtiges und positives Moment des ersten Reichsbauernkongresses war die klare Erkenntnis und dementsprechende Betonung, daß die Bauernkomitees die Kampforgane der werktätigen Bauernschaft sind. Diese Erkenntnis drückte sich nicht nur in den Reden der aufstretenden Bauern aus, sondern praktisch in dem Anschluß an das Europäische Bauern-Komitee, der Wahl eines Reichskomitees und der Beschaffung der Schaffung von Zwischenorganen, von Bezirks- und Gebietskomitees. In jedem Dorfe ein werktätiges Bauern-Komitee — ist die Lösung, die jetzt durch die Komitee-Bewegung über ganz Deutschland getragen wird. Eine der wertvollsten politischen Zeichen des Kongresses war die prächtige Kampfbündnis, der in allen Ausführungen sich zeigende Kampfbündnis der werktätigen Bauerndelegierten. Das sind nicht, wie die damals im Dorfe hinter dem

Allen drohenden Bauern, die schicksalsergeben Unterdrückung und Auslaugung über sich ergehen lassen, die keinen Ausweg sehen und zu Verzweiflungsaktionen greifen (Mord, Selbstmord, Brandstiftung usw.), sondern das sind revolutionäre, aktive Bauernkämpfer. Das war auch kein urteilsloses, auf Versprechungen oder Phrasen hereinfallendes Landvolk. Dies zeigte sich sehr deutlich bei den Ausführungen der einzelnen Redner. So lehnte die übergroße Mehrheit des Kongresses die Ausführungen des nationalsozialistischen Bauerndelegierten unter fürmlichen Protestkundgebungen ab und es hagelte von Zurufen, die auf die Praxis der Nazis bei den bisherigen Bauernkämpfen hinwies. Auch die Rede des Großbauern Kiemeyer vom Mitteldeutschen Bundschuh fand keinen Anklang, wurde im Gegenteil scharf abgelehnt und die Frontstellung gegen die Großbauern und Großgrundbesitzer der Frontstellung gegen die Großbauern und Großgrundbesitzer der Frontstellung zum Ausdruck gebracht. Auf der anderen Seite erntete der Delegierte Landwirt Nau, der zweite Vorsitzende der Deutschen Bauernpartei für die Provinz Hessen-Nassau, fürmlichen Beifall bei seinem Bericht über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, von dessen grandiosen Erfolgen sich

Die SWP.-Führer arbeiten mit der Polizei zusammen

In Hamburg sind 50 Mitglieder und Funktionäre der Sendewitz-Jugend zur roten Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei gekommen. Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ vom 24. Januar bespricht diese Rebellion der Hamburger Jungarbeiter gegen die Sendewitz und Rosenfeld in der üblichen gehässigen Weise. Sie behauptet, die Leitung der Sendewitz-Jugend hätte ohnehin die Jungarbeiter ausschließen wollen, da sie Beweise dafür gehabt hätten, daß die Jungarbeiter mit der KPD sympathisieren. Dabei machte die „SAZ“ das Eingeständnis, daß die Führer der Sendewitz-Partei genau so wie die SWP.-Führer aufs engste mit der Polizei zusammenarbeiten. Die „SAZ“ schreibt:

„Nur waren die Herrschaften nicht zu überführen. Da half ein Zufall. Unter den Teilnehmern einer von der KPD einberufenen Geheim Sitzung, die polizeilich ausgehoben und festgesetzt wurden, befanden sich auch eine Reihe jener angeblichen SWP.-Genossen. Jetzt konnten diese Störer endlich beseitigt werden.“

Woher weiß die Leitung der Sendewitz-Partei die Namen der Teilnehmer einer von der Polizei ausgehobenen Sitzung? Sie kann diese Namen nur vom Hamburger Polizeipräsidium erfahren haben. Die Sendewitz und Rosenfeld sehen also jetzt noch die be-

kannte Praxis der SWP.-Führer fort, daß sie mit den sozialdemokratischen und sonstigen Polizeipräsidenten aufs engste zusammenarbeiten, zusammenarbeiten im Kampf gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft.

Das Eingeständnis der „SAZ“ ist für alle Arbeiter, die sich bisher von den Führern der neuen SWP.-Führer irreführen ließen, sehr lehrreich. Jeder Klassenbewusste Arbeiter kann nur Schlüsse machen mit den Sendewitz und Rosenfeld und wie die Hamburger Jungarbeiter sich in die rote Einheitsfront unter Führung der KPD einziehen.

Der Kongress als ganzes gesehen war ein Erfolg der Komitee- und Delegierten-Bewegung, ein weiterer Schritt vorwärts der Einheitsfront der werktätigen Bauernmassen in die rote Kampf-

front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

kannte Praxis der SWP.-Führer fort, daß sie mit den sozialdemokratischen und sonstigen Polizeipräsidenten aufs engste zusammenarbeiten, zusammenarbeiten im Kampf gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft.

Das Eingeständnis der „SAZ“ ist für alle Arbeiter, die sich bisher von den Führern der neuen SWP.-Führer irreführen ließen, sehr lehrreich. Jeder Klassenbewusste Arbeiter kann nur Schlüsse machen mit den Sendewitz und Rosenfeld und wie die Hamburger Jungarbeiter sich in die rote Einheitsfront unter Führung der KPD einziehen.

Der Kongress als ganzes gesehen war ein Erfolg der Komitee- und Delegierten-Bewegung, ein weiterer Schritt vorwärts der Einheitsfront der werktätigen Bauernmassen in die rote Kampf-

front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Maßregelungen durch Streik verhindert

Berlin, 26. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Streik der 210 Seher und Drucker der Druckerei Paß & Garleb in Berlin-W. ist gestern mit vollem Erfolg beendet worden. Der Streik richtete sich gegen die fristlose Entlassung von 6 Kollegen, die sich geweigert hatten, andere Kollegen zu denunzieren. Der Unternehmer wurde gezwungen, die Maßregelungen zurückzunehmen.

Desgleichen befrüht die Zelle den Beschluß des RA in der Aufhebung des Genossen Thälmann als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl.

Eisenbahnerproteststreik in Königsberg

Nach der ersten Lohnauszahlung auf Grund der gefürzten Tarife bemüht sich der Eisenbahner auf dem Reichsausbefferungswort Königsberg am 22. Januar eine ungeheure Empörung. Wochenlöhne von 16 bis 13 Mark kamen zur Auszahlung. Die Belegschaft trat sofort zu einer Betriebsversammlung zusammen und wählte eine Verhandlungskommission, die der Direktion die Forderungen der Eisenbahner unterbreiten soll. Daraufhin traten sie in den Proteststreik, bis die Delegation von der Eisenbahndirektion zurückkam. Die Eisenbahner verlangen die Auszahlung der Löhne in mindestens der Höhe wie sie im März 1931 bestanden haben.

Die Stuttgarter kommunistische Tageszeitung verboten!

Die Stuttgarter kommunistische Tageszeitung, die „Süd-deutsche Arbeiter-Zeitung“ wurde am 23. Januar polizeilich beschlagnahmt und daraufhin für 14 Tage verboten.

Dieses Verbot erfolgt in einem Moment, wo sich der Widerstand der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu verstärken beginnt und wo außerdem die kommunistische Partei nach scharfer Selbstkritik mit gesteigerter Energie an die Durchführung ihrer Aufgaben geht. Es ist ganz klar, daß man mit dem Verbot der „Süd-deutschen Arbeiter-Zeitung“ den württembergischen Arbeitern ihr Kampforgan gerade jetzt nehmen will. Das Verbot hat die größte Empörung der Arbeiterschaft hervorgerufen.

Ruhrumpels begrüßen Thälmann-Kandidatur

Elberfeld, 24. Januar. Am 21. Januar fand eine Belegschaftsversammlung der Fache „Gustav“ statt. Mit den Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Auslieferung des Genossen Thälmann als roten Arbeiterkandidaten bei der Präsidentschaftswahl begrüßt wird. Ein SPD-Arbeiter trat in der Diskussion für revolutionäre Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften und für den Kampf gegen den Lohnraub ein.

In den stark besuchten Belegschaftsversammlungen der Schachtanlage „Neumühl“ und „Wederwert“ wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der die Präsidentschaftskandidatur des Genossen Thälmann begrüßt wird und alle Arbeiter aufgefordert werden, die rote Einheitsfront unter Führung der KPD zu bilden.

Reichsbannerarbeiter — Todesopfer des Nazi-Terrors

Braunschweig, 25. Januar. (Eig. Bericht.) Der bei dem Überfall der SA auf die Arbeiter schwer verwundete Reichsbannerarbeiter M i e r ist am Sonnabend seinen Verletzungen erlegen.

Aus Anlaß des blutigen Naziüberfalls auf den Betrieb Miag haben die Arbeiter der Wültinger-Werke mit der Bildung einer roten Betriebswehr begonnen. Eine große Anzahl von Kollegen hat sich bereits in die Listen eingetragen, darunter mehrere SPD-Arbeiter, Reichsbannerkameraden und Parteiloje.

Die nationalsozialistische SA hatte auf Arbeiter, die nach Arbeitslosigkeit den Miag-Betrieb verließen, einen regelrechten Feuerüberfall verübt. Drei Reichsbannerarbeiter wurden schwer verwundet, einer ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Dem von den Naziführern systematisch verschärkten Terror sind in letzter Zeit außer kommunistischen Arbeitern auch mehrere sozialdemokratische Arbeiter zum Opfer gefallen. Die Führer der SPD und des Reichsbanners sind voll verantwortlich dafür, daß

es soweit kommen konnte. Sie haben das Verbot des RFB betrieblen, sie haben die letzten politischen Rechte der Arbeiter aufgehoben und die Demonstrationsverbote für Arbeiter erlassen. Seit Jahren hat die SPD-Presse eine systematische Hege gegen Arbeiter betrieben, die von Nazis angegriffen wurden. Systematisch hat die SPD-Presse nach jedem Zusammenstoß gegen die von Faschisten überfallenen Arbeiter gehetzt, und es ist klar, daß durch all das die Entfaltung des faschistischen Terrors ungemein gefördert wurde.

Jetzt, an der Bahre so vieler von den Faschisten ermordeten Kameraden, sehen immer mehr SPD- und Reichsbannerarbeiter ein, welche tatsächl. faschistische Politik die SPD-Führer durchzuführen. Wie auch das Beispiel in den Wültingerwerken zeigt, kommen immer mehr bisherige SPD-Arbeiter zur roten Einheitsfront. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten, auch wenn die Führer der sogenannten „Eisernen Front“, die ein Bestandteil der faschistischen Front ist, immer schärfere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter ergreifen. Die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei, die den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus führt, wird immer mehr erstarren.

es soweit kommen konnte. Sie haben das Verbot des RFB betrieblen, sie haben die letzten politischen Rechte der Arbeiter aufgehoben und die Demonstrationsverbote für Arbeiter erlassen. Seit Jahren hat die SPD-Presse eine systematische Hege gegen Arbeiter betrieben, die von Nazis angegriffen wurden. Systematisch hat die SPD-Presse nach jedem Zusammenstoß gegen die von Faschisten überfallenen Arbeiter gehetzt, und es ist klar, daß durch all das die Entfaltung des faschistischen Terrors ungemein gefördert wurde.

Jetzt, an der Bahre so vieler von den Faschisten ermordeten Kameraden, sehen immer mehr SPD- und Reichsbannerarbeiter ein, welche tatsächl. faschistische Politik die SPD-Führer durchzuführen. Wie auch das Beispiel in den Wültingerwerken zeigt, kommen immer mehr bisherige SPD-Arbeiter zur roten Einheitsfront. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten, auch wenn die Führer der sogenannten „Eisernen Front“, die ein Bestandteil der faschistischen Front ist, immer schärfere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter ergreifen. Die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei, die den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus führt, wird immer mehr erstarren.

Putschgefahr in Oesterreich?

Fürst Starhemberg, der Führer der österreichischen Heimwehr, ein Jünger Hitlers, droht mit einem neuen Putsch. Die österreichischen Sozialdemokraten benutzen diese Gelegenheit, um die Arbeiterklasse in noch stärkerem Maße als bisher vor den Karren der faschistischen Buresch-Schober-Regierung zu spannen.

Die ökonomische Lage Oesterreichs ist eine trostlose. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. In gleichem Maße macht auch die Radikalisierung der Arbeiterschaft Fortschritte. Die Regierung Buresch-Schober, die durch neue Zölle und Abbau der Löhne den Arbeitern untragbare Lasten aufgebürdet hat, die erst vor zwei Wochen das Ostarbeiterheim untersuchen und dort vorhandene Waffen beschlagnahmen ließ, die die Putschisten vom 13. September v. J. weiterkristallisierte, verliert nun eine angebliche Putschgefahr an die Wand zu malen, um die Arbeiterschaft vom Kampf gegen das herrschende System abzulenken. In dieser Hinsicht findet sie die vollste Unterstützung der österreichischen Sozialdemokratie. Diese erlöst Aufruf auf Aufruf gegen die drohende Putschgefahr, für die Erhaltung des bestehenden Systems, d. h. für die Regierung Buresch-Schober.

Die „linke“ austromarxistische Sozialdemokratie betreibt also die gleiche Politik wie die S.P.D. Hier in Deutschland heißt es „eiserner Front“, wobei unter „eiserner Front“ verstanden wird Kampf für Brüning und Notverordnung. In Oesterreich heißt es: „Für den Schutzbund!“, mit dem Ziel für die Regierung Buresch-Schober, d. h. für das System des verschärften Druckes auf die Arbeiterschaft, des Lohnabbaus und des Hungers. Wie in Deutschland kann man auch in Oesterreich nur den einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus führen, wenn man die Sozialdemokratie beseitigt, die die Hauptstütze der arbeitgeberfeindlichen Regierung Buresch-Schober bildet.

Schwere Lohnkämpfe in Jugoslawien

Belgrad, 25. Januar. Die Unternehmer in Jugoslawien sind jetzt zu neuen Methoden übergegangen. Anstatt der Löhne geben sie Gutscheine aus, wodurch sie die Arbeiter zwingen wollen, in den Läden der Unternehmer für ihren Lohn minderwertige Lebensmittel zu nehmen; was einer indirekten, sehr starken Lohnreduzierung gleichkommt. Im Bergwerk von Rektana haben sich die dort beschäftigten 2000 Arbeiter vergangenen Sonnabend geweigert, diese Gutscheine anzunehmen und forderten die Auszahlung ihres Lohnes in bar. Ein großes Aufgebot von Gendarmerie wurde gegen die Arbeiter eingesetzt. Die Gendarmerie hat von der Waffe Gebrauch gemacht, wobei es 2 Tote, mehrere Schwere und Leichtverwundete gab. Mehr als 30 Arbeiter wurden verhaftet.

Zürich, 25. Januar. Als die Polizei gestern zwei Soldaten, die sich an einer antisfaschistischen Kundgebung beteiligt hatten, verhaftete, stürmten die Arbeiter die Kaserne, in der die zwei verhafteten Soldaten sich befanden. Polizei und Militär wurde gegen die Arbeiter eingesetzt.

Die Aufgaben für 1932

Moskau, 23. Januar. (Eigener Bericht.) Soeben wurden die vom Politbüro der K.P.S.U. angenommenen Thesen über die Ergebnisse der Entwicklung der Industrie des Jahres 1931 und die Aufgaben für 1932, die auf der 17. Parteikonferenz behandelt werden, veröffentlicht. Die Aufgaben des Planes auf dem Gebiet der Industrie betragen: Der Bruttowert der Gesamtproduktion im Jahre 1932 wird 37,5 Milliarden Rubel betragen (38,8 Prozent Zuwachs gegen 1931), die Senkung der Selbstkosten beträgt 7 Prozent; die Zahl der Arbeiter in der gesamten Industrie einschließlich der Bauindustrie wächst um 1.200.000, um 11 Prozent. Die Produktivität wird um 22 Prozent wachsen.

Entseffelter Kriegsbrand im Fernen Osten

Japan blockiert Shanghai, das Einfallstor nach Mittelchina — Auch Südchina bedroht Arbeiter, kämpfen gegen den imperialistischen Raubkrieg!

Shanghai, 25. Januar. Das unter dem Druck der drohenden auf die Stadt gerichteten Geschüßmündungen japanischer Kriegsschiffe an die chinesischen Behörden in Shanghai gerichtete japanische Ultimatum wurde angenommen. Bekanntlich fordern die Japaner Verstrafung der Chinesen, die angeblich fünf japanische Mönche verlegt haben und so die Unruhen in Shanghai angezettelt hätten, ferner Schadenersatz, Auflösung aller japanfeindlichen Organisationen und völlige Aufgabe des Boykotts japanischer Waren.

Im Hafen von Shanghai sind ein Flugzeugmutter-schiff, ein Kreuzer, vier Zerstörer und 400 japanische Marineinfanteristen neu eingetroffen. Eine Flotte von 25 japanischen Kriegsschiffen liegt im japanischen Kriegshafen Sasebo zum Auslaufen nach Mittelchina bereit.

Nachdem Japans Taktik, durch bestellte Provokationen seinen Raubzug weiter auszudehnen, in Shanghai für Mittelchina gelungen ist, versucht es, diese

Methode weiter auszubauen. Gestern traf nach offizieller Meldung der japanischen Regierung aus der japanischen Kolonie in Amoy (Südchina) ein Telegramm ein, in dem um die Entsendung von Kriegsschiffen gebeten wird, da „die chinesische Bevölkerung die Japaner ernstlich bedrohe“. (1) Die japanische Regierung hat sofort drei Zerstörer entsandt, die am Sonnabend Sasebo verlassen haben.

Fünf japanische Marineoffiziere erschienen in einer chinesischen Zeitung, die der Wahrheit entsprechend berichtet hatte, daß japanische Seesoldaten die chinesische Bevölkerung zu Paaren getrieben haben, und forderten, daß das Blatt sich auf einer ganzen Seite wegen dieser „Arztüchtigkeit“ entschuldige. Sie verlangten ferner, daß der Chefredakteur sich persönlich bei dem japanischen Admiral entschuldige und daß der verantwortliche Reporter entlassen werde. Sie fügten hinzu, die japanischen Marinebehörden würden die „entsprechenden Maßnahmen ergreifen, wenn der Chefredakteur diese Forderungen nicht binnen einer bestimmten Frist erfülle.

Brüning annulliert den Youngplan nicht

Laval weiß, daß die deutsche Bourgeoisie einen wirklichen Kampf nur gegen das deutsche Proletariat führt — Französische Zeitungen drohen mit Repressalien gegen Deutschland

Paris, 25. Januar. Wie bereits kurz gemeldet, traten in der französischen Kammerdebatte sämtliche Redner dafür ein, daß man Deutschland zwingen müsse, die Reparationen zu bezahlen. Laval teilte mit, daß Brüning am 6. Januar dem französischen Botschafter Francois-Poncet erklärt habe, er annulliere den Youngplan nicht, aber Deutschland könne auf Jahre hinaus nicht zahlen. Laval ging dann auf das Baseler Gutachten ein und erklärte: „Diese Schlussfolgerungen ermächtigen uns, eine endgültige Neuregelung der Reparationsfrage zu verweigern, weil die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht nach der angeblichen Lage bemessen werden kann. Wir werden aber keinerlei Herabsetzungen der Reparationen zustimmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika aus-

geglichen werden. Wir werden außerdem stets die Zahlung des ungeschützten Teiles der Reparationen verlangen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diktieren. Die Aufgabe, die sich Frankreich gestellt hat, kann nur erfüllt werden, wenn die Moral nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet wird, die verlangt, daß abgeschlossenen Verträge heilig sind.

Die französischen Zeitungen kommentieren auch diese Rede Lavals wieder mit der Forderung nach Sanktionen, die der deutschen Volk auferlegt werden sollen. Der „Matin“ verlangt eine Sondersteuer von 25 Prozent auf deutsche Exportwaren, um einen Ausgleich für die ausfallenden Tribute zu haben.

Streiks und Demonstrationen in Polen

Warschau, 25. Januar. Der Straßenbahnstreik in Lodz hält unvermindert an. Alle öffentlichen Verkehrsmittel liegen brach. Die Regierung ließ gestern den gesamten Streik ausser Acht verhaften. Dies konnte jedoch dem Streik keinen Abbruch tun.

Der Arbeitgeberverband in Polnisch-Oberschlesien verhandelt bei seinen Forderungen auf Entlassungen und Lohnabbau. Jeder Versuch der reformistischen Gewerkschaften, eine Scheinkonzession zu erhalten, ist gescheitert, jedoch der Ausbruch des Generalstreiks im ober-schlesischen Kohlengebiet unvermeidlich erscheint.

Neues Todesurteil

Das Standgericht in Molodetschau (Westweißrußland) fällt gestern gegen Constantin Sorokin wegen angeblicher Spionage ein Todesurteil.

Vor der Wohnung des von der Polizei ermordeten

Kommunisten Rodowski kam es gestern zu mächtigen Demonstrationen. Die demonstrierenden Arbeiter hatten eine rote Fahne und ein Transparent gegen den Faschismus entrollt. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

In verschiedenen Ortschaften der Wojwodschaft Pommerellen fanden gestern große Arbeitslosenunruhen statt. In manchen Orten war die Polizei dem Ansturm der Arbeitslosen nicht gewachsen, und es wurde Militär gegen die Arbeitslosen eingesetzt.

Aufstand in San Salvador

Neagort, 25. Januar. In San Salvador ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen haben sich mehrerer Städte Santa Tecla, Gorgoza und La Libertad bemächtigt. Es verlautet, daß mehrere Regimenter zu den Aufständischen übergegangen sind. Die Amerikaner und Engländer haben mehrere Kriegsschiffe nach San Salvador beordert.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

(40. Fortsetzung)

Fräulein Klemm kam nach einer Weile — ohne Schein. „Sie möchten zu Meister Stempel kommen, Herr Buchner“, sagte sie. Sie sah ihn dabei an, als hätte sie den Auftrag, auch darüber zu berichten, in welcher Stimmung sie Albert vorgefunden habe. „Meister Stempel wartet auf Sie.“

„Sie wollen aufhören, Buchner?“

„Ja!“

„Auf jeden Fall?“

Albert wußte, daß ein weiteres bestimmtes „Ja“ genügt, um das Gespräch zu beenden. — Er sagte das „Ja“ nicht.

„Sie wissen doch, worum es sich handelt“, sagte er. „Siebenzig Minuten pro Rad. Wie kommt der Kerl überhaupt dazu? — Mich totschusten? Für'n Dreier?“

„Wer verlangt denn das?“

„Aber zum Donnerwetter! Reden Sie doch nicht, als wüßten Sie von nichts.“

„Lassen wir doch das, Buchner“, winkte Stempel ab. „So kommen wir nicht weiter. — Was wollen Sie pro Rad haben?“

Alberts Vorjah, die Arbeit zu verlassen, schwand in unergründliche Tiefen. „Zwei Stunden“, erwiderte er und konnte schon nicht mehr unterlassen, hinzuzufügen: „Anders gehts nicht.“

Und Stempel antwortete bereits wieder ganz bestimmt: „Ich schreibe Ihnen einhundert Minuten und wöchentlich zwei Stunden für Werkzeug richten und Maschinen reinigen. Das ist das Außerste, was ich tun kann. Ich komme gerade von oben, hab' mich mit ihnen rumgeschlagen, während Sie ihr Werkzeug abgaben. Hätte mich, wenn sie es gemerkt hätten, noch gehört blamiert. Ueberlegen Sie sich.“

Damit war für Stempel die Aussprache erledigt. Albert ging und rückte die Maschine wieder ein. Stempel folgte ihm nach einer

Weile. Er hielt Albert einen längeren Vortrag darüber, daß er unmöglich alle einzelnen Preise für die einzelnen Maschinen nachprüfen könne, die vom wissenschaftlichen Büro festgesetzt würden. Was sich Albert so denke, was er, Stempel, so alles im Kopfe haben müsse. „Und ausgerechnet Sie, Buchner, machen mit so einem Tanz, das war doch wirklich nicht nötig.“

Über Alberts Gesicht huschte nach langer Zeit wieder ein triumphierendes Lächeln. Es schien ihm zwar trotz der beiden Stunden, die Stempel für Maschinenreinen bewilligte, noch mindestens drei Stunden. Aber er konnte nun auf längere Sicht arbeiten und hatte sich Respekt verschafft! Gegenüber den Kollegen sowohl, als auch gegenüber Stempel. Daß der ihn nicht umsonst zurückhielt, sondern genau wußte, wem er die neuen Maschinen, wenn er die Arbeit anerkant, davon war Albert seit überzeugt. Jeden Tag schied ein Dreher aus, jeden Tag kamen neue Seltens bisseiner, aber niemals verjuchte Stempel jemanden zu überreden, zu bleiben. Der weiß schon, warum! So dachte Albert, und alle Kränkungen, die Stempel ihm früher zugefügt hatte, erschienen ihm in anderem Licht. Stempel wollte eben nicht verraten, was er von Albert hielt, wollte ihn einschüchtern. Der suchte.

Albert rechnete. Es wollte und wollte nicht gelingen, die fehlenden Stunden anzubauen. Er stellte schnelleren Vorstoß ein, doch die Stühle hielten nur ein, höchstens zwei Schnitte durch, und das Einsetzen eines Ersatzmessers plus Ausprobierung der richtigen Skalenzahl plus Störung des gesamten Arbeitsprozesses überzog den momentanen nur scheinbaren Zeitgewinn. Albert hinkte unaufhörlich um viele Stunden nach, die ihn hektete, wie eine unaufhörlich niederfallende Feilsche. Nur langsam und Wochen später korrigierte seine Willenskraft das Tempo des Wettlaufs zwischen Zeit und Maschinen um ein wenig zu seinen Gunsten.

Doch diese Wendung wurde jäh unterbrochen. Die Arbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe traten wieder einmal in den Streik. Alberts letzte Hoffnung war die Autändigung, daß die Technische Nothilfe für die Aufrechterhaltung des Verkehrs sorgen würde. Er irrte sich. Vor dem Bahnhof Neu-Nichtenberg händerten Hunderte streikender Eisenbahner und diskulierten. Keine Straßenbahn, kein Omnibus, keine Stadt- oder Untergrundbahn rief irgend einen Bahnhof. Die Straßen der Fabriken liefen zur Arbeit, die Verkehrsarbeiter gingen in die Versammlungen.

Albert kam drei Stunden später zur Arbeit. Vom Wismarplatz aus versuchte er mit einem der „schwarzen“ Fuhrwerke mitzukommen, die den Streik auszunützen versuchten, doch halb wurde sie angehalten und die Fahrer mußten umkehren. Die großen Firmen holten die Arbeiter mit Autos von Sammelplätzen ab, doch nur verhältnismäßig wenige Arbeiter konnten so der Arbeit zugeführt werden. Der Fuhrpark der Firmen war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Von Rosenthal nach Nichtenberg verkehrte kein Wagen.

Ein Marsch von drei Stunden auf dem Pflaster: das zieht den Knochen. Ein Tag Arbeit und Kampf mit den Maschinen, das übersteigt die Willenskraft eines Menschen, dessen Energie genau berechnet und restlos verbraucht sind in dieser Arbeit. Ein Marsch von weiteren drei Stunden: er sinkt kraftlos nieder.

Aber Albert stand auch am anderen Tage um vier Uhr auf, trotz der Bitten von Margot und Hilde, liegen zu bleiben. „A diese Weiber!“ dachte er. Was wußten sie, was das bedeutet? Es bedeutete, daß die Maschinen Alberts durch einen andern belebt werden konnten!

„Sie sollten schon irgendwie Ablösung bekommen, Buchner, aber das wollte ich umgehen. Wenn die Maschinen jedoch stundenlang aber gar tagelang leerstehen, muß ich Ihnen einen Mann zuteilen drohte Stempel.“

Eine Ablösung, die versagte, hinterließ vermutete Meßgeriffene Arbeitsoperationen und warf ihn trotz einiger Stunden die Stempel zuschrieb, um viele weitere Stunden zurück. Und bekam eine Ablösung, die einschlug. — Dann, ja was dann? Wie kam konnte der Streik dauern? Dann begann von neuem der Kampf um die Maschinen. Wer konnte diesem Stempel trauen? Jammerter er stäubig, daß er keine brauchbaren Leute bekommen würde aber ein brauchbarer Arbeiter, würde er ihn sicher nicht wieder gehen lassen.

Albert ging acht Tage lang jeden Morgen drei Stunden zur Arbeit, arbeitete acht Stunden und ging wieder zu Fuß nach Hause. Er hoffte jeden Tag, er sei der letzte des Verkehrsstreiks.

Sein letzter Gang von der Fabrik wurde auf halbem Wege von einer Linnmacht unterbrochen. Den Rest des Weges legte er in einem Krankenwagen zurück.

(Fortsetzung folgt)

Der politische Massenstreik

Von Luxemburg vorwärts zu Lenin oder rückwärts zu Bernstein und Frank

Die SAP. und der Generalstreik

Hilfer soll wissen: Der erste Schritt in die Reichskanzlei dar-
mietet die Arbeiterchaft, in den Generalstreik zu treten", so heißt
es in einem Artikel von Kurt Rosenfeld („Mobilmachung!" in der
„SAP"). Dieser Artikel schließt mit den Worten: „Aber keine
Gewerkschaftsversammlung mehr, keine Betriebsversammlung
mehr, keine Zusammenkunft von Arbeitern mehr, ohne daß unsere
Genossen von der Arbeiterchaft das Gelöbte fordern, in dem
Augenblick, da Hitler sich anstellt, im Reich auch nur ein Zupfchen
der Macht zu erteilen, den Generalstreik auszurufen und ihn
durchzuführen, bis Hitler zurückgeschlagen und der Sieg er-
zungen ist."

„An dem Tag", da Hitler in die Regierung
kommt, soll der Generalstreik einsehen. Dasselbe steht
auch in der Resolution des Berliner Parteitagestages der SAP.
wo es noch klarer heißt, wenn „der Faschismus in die Re-
gierung" einzieht. Also haben wir heute noch keine nächsten
Schritte der Regierung? Also sind Brüning und Severing keine
Vertreter der faschistischen Entwicklung?

Die Parole Rosenfelds, die Arbeiterchaft solle auf den ersten
Schritt Hitlers in die Reichskanzlei mit dem Generalstreik „ant-
worten", entspringt keiner grundsätzlichen Begründung der
Politik des „kleineren Übels". Rosenfeld entpuppt
sich hier offen als Agent des Wels und Leipart. Mit dieser Ein-
stellung ist es selbstverständlich, daß die SAP. Brüning gegen
den „Faschismus", der von Rosenfeld mit Hitler gleich gesetzt
wird, „verteidigen" muß.

Wer aber mit offenen Augen die Entwicklung in Deutschland
verfolgt, begreift, daß der Faschismus keineswegs nur an dem
Tag, da Hitler in die Reichskanzlei einzieht, ertötet wird.
Vielmehr wird der Faschismus in Deutschland schrittweise
schon seit langer Zeit mit eiserner Konsequenz durch die Brüning-
regierung durchgeführt. Die Koalitionsregierung Brüning-Hitler,
der offene Faschismus, ist nur die logische Krönung der bisherigen
Entwicklung. Kampf gegen den Faschismus bedeutet also Kampf
gegen die Notverordnungsdictatur der Brüningregierung.

Über Rosenfelds und der SAP. Parolen enthalten noch einen
weiteren Verrat. Die Parole des „Generalstreiks" als „Ant-
wort" auf ein bestimmtes Ereignis wird aufgestellt, um jetzt
den Arbeitern die Hände zu binden, um den aktuellen Tageskampf
der Arbeiter zu verhindern. Daß die SAP. die Generalstreik-
parole nur aufstellt, um die aktuellen Tageskämpfe der Arbeiter
zu verhindern, hat ihre bisherige Praxis zur Genüge gezeigt.

Die SAP. beruft sich nur zu gern auf Rosa Luxemburg, auf
den Standpunkt der Linkradikalen in der Massenstreikdebatte
der Vorkriegszeit, um das Revolutionäre in diesem Stand-
punkte preiszugeben. Rosa Luxemburg konnte nicht genug
den anarchischen „Generalstreik" verhöhnen, der „eine Art
Zwischenmeer ist, das man in der Dürre für alle Fälle zusammen-
schleppen kann, um es nach Bedarf aufzukläppen und
zu verbrauchen kann". Es ist gänzlich verkehrt — widerhoft
Rosa —, daß der Massenstreik als einen Akt, eine Einzel-
handlung zu denken."

Ein historisches Verdienst Rosa Luxemburgs

Es ist das große historische Verdienst Rosa Luxemburgs, die
Erlebrungen der russischen Massenstreiks 1905 in Deutschland
populär zu machen. Allerdings trat hierbei schon einer ihrer
Fehler — ihre Spontanitätstheorie — zu Tage.

Die Erlebrungen der russischen Revolution gaben aber Rosa
die Möglichkeit, die Ansichten von Marx und Engels über den
Massenstreik gegenüber den Verfassungen der Epigonen richtig-
zustellen. Insbesondere haben die deutschen Reformisten die
Engelsche Kritik des anarchischen Generalstreiks im Laufe von
diesem Jahrzehnt als Verneinung der Rolle des Massenstreiks
durch Engels hingestellt. Rosa konnte mit großer Ueberzeugungs-
kraft beweisen, daß der Generalstreik der Anarchisten und die
Massenstreiks, wie sie die russische Erfahrung zeigte, nur dem
Namen nach gleich sind, „politisch" sind es aber zwei
entgegengesetzte Begriffe."

Wider den Generalstreik aus der blauen Luft, aus dem alten
Wahn, die Menschheit zu befreien, sondern der Massenstreik, der
im Proletariat der Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse ist, der
in allen anderen Kampfsäuerungen des Proletariats un-
trennbar verbunden und verknüpft ist, der zugleich
Ursache und Wirkung dieser Kampfsäuerungen ist. Diesen
Grundgedanken, dem die besten Arbeiten von Rosa über den
Massenstreik gewidmet sind, vertritt sie nicht nur gegen die An-
archisten, sondern 1912/13 insbesondere gegen Bernstein und
Ludwig Frank. Diese abgelehnten Reformisten waren auch
Generalstreik, nach dem heiligen Muster. Sie wollten einen
Generalstreik, nicht um die Kampfsäuerungen des Proletariats
zu befreien, sondern um die Arbeiterchaft vom Kampf zu
abhalten. Sie wollten die Arbeiterchaft auf einen
rechtlichen Generalstreik verpflichten, um sie von wirt-
schaftlichen Kampfsäuerungen zurückzubehalten. Die einzige Vorberei-
tung dieses Generalstreiks sollte sich in Stärkung der Gewerks-
chaften äußern.

Rosa schrieb dazu: „Der politische Massenstreik ist eben nicht
ein Akt, abstrakt genommen, ein wunderbares Mittel,
das wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären
Situation, als Äußerung einer hohen, konzentrierten revolutionä-
ren Energie der Massen und einer hohen Zustimmung der Gegen-
parte. ... Das Entscheidende in jeder Massenbewegung ist die
kollaborative Energie der Massen und die entsprechende Ent-
schlossenheit und Zielklarheit der Führer. Diese beiden Momente
sind zusammen unter Umständen die größten materiellen Ent-
scheidungen der Arbeiterchaft unauflösbar machen, über sie hinweg
die größten Taten vollbringen. Sie können hingegen nicht um-
setzt durch gefüllte Hilfsklassen ersetzt werden."

Rosa hat hundertmal recht, wenn sie immer wieder betont,
in Massenstreik, der „Losgelöst von dieser Energie, ge-
rennt von dieser Situation" ist, „muß in neun von zehn Fällen

verlagen". Wir fragen die Arbeiter, die auf die radikalen Phrasen
der SAP-Führer noch hören: Ist der Verrat von Ziegler
der Breslauer DWA-Revolutionsführer und führender Mann in
der SAP ist, an den Breslauer Metallarbeitern bei ihrem letzten
Streik nicht der beste Beweis für die Art und Weise, wie die
SAP, die Zieglers streikbrecherische Taktik auf den

Schuld hob, den Generalstreik vorbereitet? Ist die gemein-
samer streikbrecherische Taktik der SAP-Leute und der Bürokraten des
Gesamtverbandes bei der Abwürfung der Widerstandsbewegung
in den Berliner Gaswerken nicht das schlagendste Bei-
spiel dafür, wie die SAP, ihre Parole des Generalstreiks ver-
wirklichen will?

Die SAP. vertritt den Standpunkt von Eduard Bernstein und Ludwig Frank

Der Gesamtbetriebsrat der Berliner Gaswerke hat sich für die
SAP-Parole des Generalstreiks ausgesprochen. Zugleich mit der
„feierlichen Erklärung" für den Generalstreik hat der-
selbe Betriebsrat gemeinsam mit der Bürokratie des Gesamtver-
bandes alle raffinierten Mittel der Desorganisation angewandt,
um den Kampfwillen der Gasarbeiter gegen Lohnabbau zu
dämpfen und zu vernichten. Und das Organ der SAP, die „SAP",
stellt die Taktik in den Gaswerken als revolutionär hin; in der
Berliner Konferenz der SAP-Jugend wird davon gesprochen, daß
man die Arbeiter so mobilisieren muß „wie in den Gaswerken."

Zeigen nicht diese Tatsachen (Gaswerke, Ziegler), zeigt nicht
die ganze streikbrecherische Politik der SAP, daß ihre Parole des
Generalstreiks denselben Zweck verfolgt wie die Parole der Ber-

stein, Vandervelde und Ludwig Frank: der
Arbeiter auf den Generalstreik zu verpflichten, um
sie vom wirklichen Tageskampf abzuhalten.

Mit ihrer Parole vom „Generalstreik" liefern die SAP-
Führer die Arbeiter den Streikbrechern und Organisatoren des
Lohnabbaus, den ADGB-Führern, ans Messer. Diese ge-
schworenen Feinde jedes proletarischen Massen-
kampfes können diese SAP-Hilfe angefaßt der steigenden
Revolutionierung der Massen sehr gut gebrauchen. Ja, die pro-
letarische Streikwelle gegen die streikbrecherische ADGB-Politik
wäre schon viel höher gestiegen, hätten die Leipart und Tar-
now nicht solche „radikalen" Helfershelfer in den SAP-Führern!

Lenin über den politischen Massenstreik

Es erübrigt sich, zu erwähnen, daß Lenin, der Theoretiker
und Führer siegreicher Massenstreiks, mit der ihm allein eigen-
tümlichen Schärfe und Klarheit das Verbrechen der Leute an-
sprangerte, die für einen ichönen, äußerlichen Generalstreik um so
eifriger eintreten, als sie den Tageskampf der Arbeiterchaft zu
sabotieren und zu hindern versuchen. Lenin führte den Kampf
gegen die russischen „Detonomisten", die genau so wie die An-
archisten den Kampf der Arbeiterklasse auf den wirtschaftlichen Kampf
beschränken wollten. Lenin führte einen erbitterten Kampf gegen
die Menschewitz, die unter der Flagge der angeblichen „Schäd-
lichkeit einer Vermengung ökonomischer und
politischer Aktionen" für den politischen Massenstreik im
Sinne von Bernstein und Vandervelde auftraten. 1912 schreibt
Lenin über die Verbindung des ökonomischen und des politischen
Kampfes: „Es ist un wahr, daß eine Verflechtung ein Fehler
wäre; gerade im Gegenteil, es wäre ein nicht gutzumachender
Fehler, wenn die Arbeiter nicht im vollen Umfange die Eigenart,
die Bedeutung, die Unerschlichkeit, die ganze prinzipielle Rich-
tigkeit gerade einer solchen Verflechtung erkennen wür-
den. Es ist endlich falsch, daß eine solche Vermengung sich auf die
beiden Formen ungleichmäßig auswirken würde. Gerade im Gegenteil:
sie wirkt sich auf beide günstig aus, sie stärkt beide."

Nicht das unbedingt ein politischer Streik
nur aus wirtschaftlichen Streiks hervorgehen
muß, aber auch der „reine" politische Streik ist keineswegs wie
ein Theatervorstellung, der aus der blauen Luft oder allein aus den
organisationsmäßigen Maßnahmen der Leitungen hervorgeht. Auch
der „reine" politische Streik ist tausendfach
verbunden mit allen anderen Kampfsäuerungen
des Proletariats, ist eine von der mäch-
tigen Widerstandswelle des Proletariats un-
trennbare Kampfsäuerung. Der politische Massenstreik ist
zugleich Ergebnis und Motor dieser Widerstandswelle.

Der Genosse Stalin schreibt in „Probleme des Leninismus"
über den politischen Massenstreik: „Bei den Opportunisten
der II. Internationale gibt es eine Reihe theoretischer Dogmen,
die bei allen Gelegenheiten herhalten müssen. Betrachten wir

einige von ihnen. ... Das dritte Dogma: die Methode des
politischen Massenstreiks ist für das Proletariat unanwendbar,
denn sie sei theoretisch nicht begründet (siehe die Kritik von
Engels) und praktisch gefährlich (sie könne den normalen Gang
des Wirtschaftslebens des Landes in Unordnung bringen und
auf die Gewerkschaftskassen verheerend wirken), könne nicht als
Erfolg gelten für die parlamentarischen Kampfsäuerungen, die die
wichtigste Form des proletarischen Klassenkampfes sei.

Gut, antworten die Leninisten, aber erstens kriti-
sierte Engels nicht den Generalstreik über-
haupt, sondern eine ganz bestimmte Art des
Generalstreiks, und zwar den ökonomischen Generalstreik
der Anarchisten, die den wirtschaftlichen Kampf als Ersatz für
den politischen Kampf des Proletariats predigten. — was hat
es also mit der Methode des politischen Generalstreiks zu tun?
... Mertens: Hatte denn die Revolution in Russland nicht ge-
zeigt, daß der politische Generalstreik die beste Schule für die
proletarische Revolution und ein unerlässliches Mittel zur Mobi-
lierung und Organisation der breitesten proletarischen Massen
am Vorabend des Sturmangriffes gegen die Fellen des Kapita-
lismus ist. — wozu hier also das philiströse Wehklagen
über die Zerrüttung des normalen wirtschaftlichen Lebens und
über die Gewerkschaftskassen?"

In dem Kampfe gegen den „Generalstreik", wie ihn die An-
archisten und die Reformisten verstehen, gehen die Leninisten
mit Rosa Luxemburg konform. Die SAP, mit ihrer
Parole des Generalstreiks und streikbreche-
rischen Politik setzt die Tradition der Bernstein
und Vandervelde fort. Sie verteidigt den Standpunkt von
Bernstein und Ludwig Frank in einer Situation, in der die
Klassengegenläge unvergleichlich zugespitzter sind, in der der
Kampf zwischen den Anhängern der Diktatur des Proletariats
und den Anhängern der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie
die größten Dimensionen angenommen hat. Deshalb ist das Ver-
brechen der SAP, von heute unvergleichlich größer als die Ver-
brechen der Bernstein und Vandervelde von 1912/1913.

Die SAP. verherrlicht einen verhängnis- vollen Fehler Rosa Luxemburgs

Das Verbrechen der SAP, ist um so verwerflicher, als sie
eine Partei vertritt, die einem der Grundgedanken von Rosa
Luxemburg über den Massenstreik ins Gesicht schlägt, die von
Rosa mit großer Erbitterung bekämpfte Politik der Bernstein
und Frank und zugleich diese Politik mit dem Namen Rosas be-
mantelt. Die SAP, tut aber noch ein übriges: Sie versucht
zu gleicher Zeit durch die Verherrlichung eines
verhängnisvollen Fehlers von Rosa die Ar-
beiterchaft zu verwirren. Im Kampfe zwischen den
Kollektivist und Menschewitz über Organisationsfragen nahm
Rosa Luxemburg gegen Lenin Stellung. Sie hat damals sehr
klar gegen Lenin geschrieben: „Die Initiative und die bewußte
Leitung der sozialdemokratischen Organisationen — schrieb Rosa
1904 über die Organisationsfragen der russischen Sozialdemo-
kratie — spielten eine äußerst geringe Rolle. ... Das ist jedoch
nicht das, was ein Fehler einer allmächtigen Zentralgewalt in
der russischen Sozialdemokratie nach dem von Lenin ent-
wickelten Plan. Umgekehrt, eine solche hätte höchst-
wahrscheinlich nur dahin gewirkt, die Un-
erschlichkeit der Einzelkomitees der Partei
noch größer zu machen und eine Entzweiung zwischen der
hümmenden Masse und der zaudernden Sozialdemokratie hervor-
zubringen." Rosa Luxemburg erklärt in diesem Artikel — sie
nerallgemeinert dabei die bremende Rolle, die die sozialdemo-
kratische Parteileitung in Deutschland dem ihres Opportunismus
spielte —, jede Parteileitung wurde bremend,
was sich angeblich „aus dem ihrem Wesen not-
wendig entspringenden Konservatismus" er-
gibt. Auch in der Massenstreikdebatte erklärt Rosa dauernd,
die Aufgabe der Partei bestehe „nicht in der technischen
Vorbereitung und Leitung" der Bewegung.

Diese Verherrlichung der Rolle der Partei, das Sichverlassen auf
die spontane Bewegung der Massen hat sich in den
Kriegs- und Revolutionsjahren an der deutschen Arbeiter-
bewegung schwer gerächt. Es war in großem Maße die

Spontanitätstheorie, die die Linkradikalen mit Rosa an der
Spitze von der Spaltung der Vorkriegs-Sozialdemokratie und
Schaffung einer revolutionären Partei abhielt, richtiger eine der
wichtigsten Ursachen, warum sie zu dieser Konsequenz nicht kamen.

Rosa hat in den letzten Monaten ihres kampfreichen Lebens
viel ungelernet. Nur der bestialische Mord der Reichsgrößen —
dieser Mord hinderte die angeblichen Schüler von Rosa Luxem-
burg, die Herren Zensur und Rosenfeld, nicht daran, zwöl-
f Jahre lang nach diesem Mord mit Rosa in einer Partei zu
sein — brach die Entwicklung Rosas zu Lenin ab.
Was machen aber die Rosenfeld und Zensur? Sie versuchen,
die alten Fehler von Rosa zu verberlichen und aus ihnen Kapital
gegen den Kommunismus zu schlagen.

Nur ausgemachte Schurken können heutzutage der Arbeiter-
schaft in Deutschland eintreten wollen, ein politischer Streik ist
möglich ohne die Führung der Millionenpartei der
KPD, und ohne die KGD, die schon viele Hunderte von
wirtschaftlichen Streiks erfolgreich organisiert und geführt hat.
Eine Parteigruppierung, die angeblich für den Generalstreik ist
und gleichzeitig die niederträchtigste Heise gegen die KPD, und
KGD, führt, die einen Generalstreik ohne und gegen die heutz-
tägige in Deutschland einzig mögliche „politische und technische
Leitung" des Generalstreiks führen will, ist genau so lächerlich
wie verbercherisch.

Die SAP, baut ihre Taktik, die die Taktik der Bernstein,
Vandervelde und Frank 1912/13 ist, auf die größte Ver-
fälschung eines Grundgedankens von Rosa Luxem-
burg und die Verherrlichung einer ihrer verhäng-
nisvollen Fehler in der Beurteilung des Massenstreiks.
Die SAP, benutzt den Namen dieser großen Revolutionärin, um
in einer für die deutsche Arbeiterbewegung entscheidenden
Situation der konterrevolutionären, faschistischen Front gegen
den Kommunismus zu helfen. Die SAP, ist deshalb die weit
in die Reihen der Arbeiterklasse vorgeschobene Avantgarde
dieser Konterrevolution.